

Schweizer Fernsehen

ABSTIMMUNG Missbrauch für Politwerbung

Politische Werbung ist in der Schweiz auf privaten und öffentlichen Radiosendern verboten. Trotzdem sendete das Schweizer Radio im Regionaljournal Zentralschweiz am 3. März zu bester Sendezeit einen Werbehinweis auf eine Propagandaveranstaltung der SRG aus.

PD/EW - Der demokratische Meinungsbildungsprozess wird ausgehebelt, wenn die Schweizer Radio und Fernsehgesellschaft (SRG) ihr quasi Medienmonopol in eigener Sache derart dreist ausnutzt, so die Aussage des Schweizer Gewerbeverbandes.

Verbot umgangen

Während knapp 50 Sekunden macht die Nachrichtensprecherin Werbung für eine Propagandaveranstaltung der SRG Zentralschweiz. Mit dieser wollte die Kampagnenorganisation der SRG im Abstimmungskampf über die RTVG-Revision später am Abend bei den eigenen Mitgliedern einheizen. Aufgemacht als Newsmeldung und mit Gebühren finanziert wird dreist politische Werbung in eigener Sache ausgestrahlt. Der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) verurteilt diese massive Verletzung der re-

daktionellen Unabhängigkeit aufs Schärfste. Das Verbot von politischer Werbung übers Radio wird damit umgangen und die freie Meinungsbildung mit Füßen getreten.

Medienmonopol ausgenutzt

Diese Verletzung des Redaktionsstatuts zeigt, dass die SRG-Spitze im Abstimmungskampf um die Billag-Mediensteuer nicht davor zurückschreckt, ihr quasi Medienmonopol schamlos auszunutzen. Die SRG ist offenbar bereit, sich über die redaktionelle Unabhängigkeit der öffentlichen Sender und sämtliche Regeln der Corporate Governance hinwegzusetzen, um an die Steuergelder der Bürger zu kommen. Mit diesem Vorgehen ist eine rote Linie überschritten. Der Schweizerische Gewerbeverband fordert vom Bundesrat eine entschiedene Intervention. Die Regierung muss sicherstellen, dass die freie Meinungsbildung ohne Beeinflussung durch die SRG innerhalb der Abstimmung zur neuen Billag-Mediensteuer sichergestellt wird. Und es darf nicht mehr vorkommen, dass die SRG weder mit Geld- noch mit Sachleistungen in den Abstimmungskampf eingreift und damit Billag-Gebühren missbraucht. Die Abstimmung findet am 14. Juni 2015 statt.

CH-Nachrichten: Zeitgeist vom 4.3.2015

Sehr geehrter Herr Kammüller. Auch wenn ich nicht immer mit den Berichterstattungen der Printmedien einverstanden bin, darf ich Ihnen zu dem Artikel *Zeitgeist/Tageschau* gratulieren. Sie haben den Nagel voll auf den Kopf getroffen. Das Verhältnis der SRF-Nachrichten Schweiz/Ausland stimmt schon

seit Jahren nicht mehr. Positive Meldungen aus der Schweiz sind absolute Mangelware mit Seltenheitswert. Auf die linkslastige, statt neutrale Berichterstattung der SRF, werde ich wohl auch in Zukunft verzichten müssen.

Fred Kernen, Oberägeri

Was darf die Bildung kosten?

Der Kernauftrag der Schule ist, Kinder/Jugendliche auf Leben und Berufswelt vorzubereiten. Zu Recht betonen Politik und Wirtschaft, dass Bildung eine grosse Ressource der Schweiz ist. Gut reagierte der Zuger Kantonsrat letzte Woche auf die sich wandelnden Anforderungen bei der Neugestaltung des 9. Schuljahres mit dem Projekt Sek I plus. Mit diesem werden Anliegen aus Gewerbe, Wirtschaft, Abnehmerschulen und Schüler- wie Lehrerschaft aufgenommen. Mit Sek I plus werden die Rahmenbedingungen geschaffen, um gezielter und spezifischer auf die Berufsausbildung vorbereiten zu können. Lehrpersonen sind so auch Lernbegleiter/-berater und die Schulräume werden dafür optimiert. Die Alternative die Grünen unterstützten im Kantonsrat das zwischen Gemeinden und Kanton ausgehandelte Vorgehen. Einen Vorstoss, der mehr Eile verlangte, lehnten wir ab: Gute Bildung gibt es nicht im Eilpaket zum halben Preis! Nun wird bald das Schulgesetz vom Kantonsrat abschliessend behandelt. Dort ist kei-

ne Qualitätsverbesserung vorgesehen, sondern eine Verschlechterung. Die Höchstzahl der Klassen auf der Primarstufe soll gemäss 1. Lesung im Rat auf 26 erhöht werden! Mit der Heterogenität einer Klasse, integrativer Förderung, Beurteilen und fördern, neue Lernformen, zwei Fremdsprachen bereits in der Primarstufe sind die Anforderung sehr gross. Bis anhin bewegen sich die Klassengrößen laut Gesetz zwischen Richtzahl 18 und Höchstzahl 22 Schüler und Schülerinnen. Mit der Höchstzahl 26 wird klar ein Signal zur Erhöhung der Klassengröße gegeben - mit entsprechendem Qualitätsabbau. Diese beabsichtigte Sparmassnahme wird alle Schüler und Schülerinnen treffen! In der 2. Lesung beantragen wir, dass die aktuelle Höchstzahl 22 im Schulgesetz verankert wird, damit die Klassengrößen der Realität angeglichen werden. Die Gesetzesänderung ist kostenneutral, da die Klassengrößen bereits heute schon unter den veralteten Richtwerten liegen.

Rita Hofer, Hünenberg

Rohstoff Bildung

SP Festsetzung einer angemessenen Höchstzahl auch für die Primarstufe

Bildung ist unser Rohstoff. Es gibt wohl kein Thema, bei dem in unserem Land eine grössere Einigkeit herrscht. Das Erfolgsmodell Schweiz basiert auf einer guten Bildung.

Von Beat Iten

Die Schule als Basis der Bildung ist längst nicht mehr der beschauliche Ort, an dem unsere Kinder in einer heilen und stressfreien Welt aufwachsen. Von allen Seiten wird Druck auf die Schule ausgeübt. Unsere Schulklassen sind ein Spiegelbild unserer heterogenen Gesellschaft. In den heutigen Klassenzimmern trifft man nicht selten auf Kinder aus fünf / sechs Ländern mit unterschiedlichen Deutschkenntnissen. Es begegnen sich mehrere Religionen und Kulturen. Die Kinder stammen aus unterschiedlichen Familienkonstellationen. Oft treffen wir auf traumatisierte Kinder, die als Flüchtlinge in die Schweiz kommen und kurzfristig



Bild: z.V.g.

Beat Iten, Kantonsrat SP

eingeschult werden müssen. Auf der Primarstufe ist die Heterogenität besonders hoch. Neben hoch- und durchschnittlich Begabten sitzen Kinder mit Lernschwächen oder Verhaltensauffälligkeiten. Bereits auf der Oberstufe werden Niveauunterschiede gemacht. Auf den nachfolgenden Ausbildungsstufen

wird diese Unterscheidung weiter verfeinert. Jugendliche absolvieren je nach ihren Fähigkeiten eine Attestausbildung, eine Lehre oder besuchen ein Gymnasium. Nicht nachvollziehbar ist, warum auf der Schulstufe mit der grössten Heterogenität, die Höchstzahlen deutlich über denen der anderen Stufen liegen. Natürlich können mit Richt- und Höchstzahlen nicht alle Probleme in der Schule gelöst werden und natürlich hängt eine gute Schule nicht alleine von der Klassengrösse ab. In einem Schulzimmer mit weniger Kindern kann der Unterricht jedoch individueller und den Fähigkeiten der Kinder besser angepasst und gestaltet werden. Bildung ist unser Rohstoff. Hoffentlich bleibt es bei der 2. Lesung des Schulgesetzes im Kantonsrat nicht bei diesem Lippenkenntnis. Hoffentlich folgen den Worten für einmal auch Taten mit der Festsetzung einer angemessenen Höchstzahl auch für die Primarstufe.

Ein mutiges Ja

GLP Auch die Walchwiler profitieren vom Stadttunnel

Einige Schweizer Gemeinden und Kantone blicken interessiert Richtung Zug. Einmal mehr ist es das Geld, das dieses Hinschauen veranlasst: 900 Millionen sind für niemanden ein Pappenstiel. Aber, dass der kleine Kanton so viel Geld in ein zukunftsorientiertes Jahrhundertprojekt investieren will, erscheint mutig.

Von René Schmid

Weshalb soll Zug nicht durch ein innovatives Konzept zur Steigerung der Lebensqualität vorangehen? Uns Walchwilern wird gerne vorgeworfen, wir orientierten uns öfters mal Richtung Schwyz. Und nun heisst es, wir seien nicht interessiert. Als Walchwiler und als grünliberal orientierter Bewohner des Kantons ist es mir ein Anliegen, aufzuzeigen, dass wir durchaus interessiert sind. Unsere Lage am See ist rivieramässig privilegiert. Allerdings hat dies auch seinen Preis. Denn wenn der Walchwiler nach Hause will, muss er entweder über die Autobahn via Arth oder durch die Stadt Zug - mit dem entsprechend hohen Zeitaufwand. Von zu



Bild: z.V.g.

René Schmid-Bill, Präsident GLP Ortsgruppe Walchwil

Hause weg muss er gar über Goldau einen nicht unbeträchtlichen Zeit- und Kilometeraufwand in Betracht ziehen. Oder eben durch die Stadt Zug und steht einmal mehr im Stau. Wir profitieren auf jeden Fall vom Stadttunnel. Da wird behauptet, dass Läden wegen des Stadttunnels schliessen müssten. Keine, absolut keine Schweizer Stadt hat im Zusammenhang mit Verkehrsberuhigung und Flaniermeile je Nachteile erfahren müssen. Im Gegenteil. Reden Sie doch einmal mit den Ladeninhabern an der Neu-

gasse und am Graben. Einigen wird es markant bessergehen, wenn die Kunden sich frei bewegen können. Und nicht nur für uns Walchwiler gewinnt diese schöne, lebens- und lebenswerte Stadt an Attraktivität. Verkehrsberuhigung durch höhere Parkgebühren ist Augenwischerei. Die «Durchfahrer» belasten unsere Stadt. Und die halten sich nicht im Parkhaus auf. Eine Kombination von Strassentunnel und Unterstützung eines wohldurchdachten Verkehrskonzept unter Einbezug des öffentlichen Verkehrs ist der richtige Ansatz. Und da werden auch wir Walchwiler profitieren. An der Kantonsratsitzung haben die vier GLP Kantonsräte mit Überzeugung JA zum Stadttunnel gestimmt. Denn die Grünliberalen wollen nicht nur etwas für die Landschaft tun, sondern auch unser regionales Gewerbe unterstützen. Wir engagieren uns für dieses Jahrhundertprojekt, denn unsere Kinder und Grosskinder müssen immer auf den Strassen gehen und fahren, die wir ihnen bauen. Seien wir mutig und sagen am 14. Juni Ja zum Strassentunnel.

SVP Stadt neuer Präsident

ZUG Philipp C. Brunner folgt auf Jürg Messmer

Die SVP Stadt führte am 6. März 2015 im Swisshotel Zug ihre 23. Generalversammlung durch. Dabei kam es zu einer personellen Neubesetzung des Parteipräsidiums sowie des Vorstandes.

PD/DK - Jürg Messmer trat als bisheriger Präsident zurück, verbleibt jedoch weiterhin im Vorstand. Als neuer Präsident wurde Philip C. Brunner gewählt. Dieser amtet bereits als Gemeinderat und Präsi-

dent der städtischen Geschäftsprüfungskommission sowie als Kantonsrat. Mit Brunner erhält die SVP Stadt Zug einen Präsidenten mit breitem politischen Erfahrungsschatz, der über die Parteigrenzen anerkannt und geschätzt ist. Damit tritt er als langjähriger Vizepräsident in die Fussstapfen von Jürg Messmer. Weiter wurde der Unternehmer Charly Werder in den Vorstand gewählt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden ebenfalls

bestätigt. Es handelt sich dabei um den Wirtschaftsinformatiker Bruno Zimmermann, der zusätzlich als Gemeinderat amtet und um den frisch in den Gemeinderat gewählten Gregor R. Bruhin. Mit dieser personellen Konstellation deckt die SVP Stadt Zug einen breiten Erfahrungsschatz aus diversen Berufsbereichen und Fähigkeiten ab und ist bereit, die Herausforderungen des Jahres in Angriff zu nehmen.

Hier könnte Ihr Inserat stehen! Zögern Sie nicht und rufen Sie uns noch heute an.

Der heisse Draht zum Inserat: Telefon 041 769 70 40

www.zugerwoche.ch
ZUGER WOCHE